

EU-Kommission präsentiert 1000 Seiten starkes „EU-Energie-Union“-Legislativpaket, das vor allem den Ökostrombereich regelt

Förderdschungel soll durchschaubarer werden

Bayern ist Primus in Deutschland bei erneuerbaren Energien, aber auch im Energieverbrauch. 2020 kommen große Änderungen auf Energieverbraucher und Energieproduzenten zu, sollte das am 30. November von der EU-Kommission vorgestellte 1000 Seiten schwere „EU-Energie-Union“-Legislativpaket von EU-Parlament und den EU-Regierungen angenommen werden. Es umfasst vier Richtlinien und vier Verordnungen. Verstehen tun es eigentlich nur Experten. Mit dem Paket sollen die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Oktober 2014 zu den europäischen Klima- und Energiezielen für 2030 umgesetzt werden.

Kostenvorteile heben

„Energie ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Bayern“, sagte Barbara Schretter, Leiterin des Brüsseler Bayern-Büros, am Vorabend einleitend auf einer Konferenz dazu im Gebäude der bayerischen Vertretung in Brüssel. Bayern habe die meisten energieintensiven Betriebe in Deutschland. Sie erhoffe sich für Bayern durch die Harmonisierung der EU-Energiepolitiken, Kostenvorteile heben zu können. Auf der Konferenz kamen Wirtschaftsvertreter aus Bayern (IHK für München und Oberbayern) und aus Österreich, Tschechien, Schweden und Flandern (Belgien) zu Wort.

„Wir (die Wirtschaftsverbände aus diesen Ländern) haben viele gemeinsame Standpunkte dazu“, sagte Florian Bieberbach, Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern und gleichzeitig Chef der Stadtwerke München (SWM). Bieberbach kennt also beide Seiten: die energieverbrauchende Wirtschaft und die energieproduzierende.



Auf die Betreiber von Ökostrom-Erzeugungsanlagen kommen womöglich schwere Zeiten zu.

FOTO WRANESCHITZ

Bieberbach begrüßte das Legislativ-Paket der EU-Kommission im Großen und Ganzen. „Die Vorschläge gehen in die richtige Richtung.“ Gut sei das Vorhaben der EU-Kommission, ab 2020 das Einspeise-Privileg für Betreiber von Ökostrom- und Kraftwerks-Kopplungsanlagen (priority dispatch) auf Kleinbetreiber zu beschränken. Die Ökostrom-Betreiber finden das keine gute Idee. „Ich kann das Gejammer darüber nicht nachvollziehen“, sagte der Chef des nach eigenen Angaben größten europäischen Stadtwerks. Das größte Risiko für Ökostrom sei es, zu teuer zu werden. Deshalb müsse der Kostendruck möglichst hoch sein. „Wir (die SWM) sind Exoten.“ Das

Stadtwerk will 2025 nur noch Ökostrom anbieten und 2040 nur noch erneuerbare Fernwärme. Die neue Vorschrift, einen europäischen Stadtwerkeverband für Strom zu gründen, ist kein Problem für die SWM. Sie kann in dem Verband Mitglied werden, weil ihre Aktivitäten rechtlich entflochten sind, was dafür Bedingung ist. Laut Angaben der EU-Kommission kämen von den 2600 Strom-Verteilern in der EU nur 300 dafür infrage. Nationale Verbände wie der VKU dürfen keine Mitglieder werden. Eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Stadtwerke hat die EU-Kommission in ihrem Gesetzespaket nicht vorgeschlagen. Das hatten die Stadtwerke immer befürchtet.

Einen Punkt in dem Paket fand Bieberbach jedoch nicht gut: „Ich verstehe das Verbot für uns (Stadtwerke) nicht, Stromspeicher zu besitzen und zu betreiben“, antwortete er auf Anfrage der *Staatszeitung*. Darin sehen die kommunalen Stadtwerke ein neues Geschäftsmodell (*Staatszeitung* berichtete).

Die Europaabgeordnete Angelika Niebler (CSU), Mitglied im Energieausschuss des EU-Parlaments, hielt auch eine Harmonisierung der staatlichen Ökostromförderung für sinnvoll. Strom ist wegen der EEG-Umlage in Deutschland besonders teuer und Bayern brauche, da 2022 das letzte AKW in Bayern vom Netz gehe, immer mehr davon.

Die Harmonisierung der Ökostromförderung soll nach den Vorstellungen der EU-Kommission aber nicht abrupt kommen. Als erster Schritt soll die Förderung in einem Tender-Verfahren ausgeschrieben werden, zunächst für Strom und Solarenergie getrennt, dann technologieneutral und grenzüberschreitend. Das Tender-Verfahren läuft so: Eine bestimmte Ökostrom-Menge wird zum Kauf geboten, wer am billigsten ist, bekommt den Zuschlag. Also keine festen, für 20 Jahre garantierten Einspeisepreise mehr. Das ist aber schon im neuen deutschen Strommarkt-Design, EEG 2017, das die EU-Wettbewerbsbehörde vor Kurzem gebilligt hat, vorgesehen. Ab dem Jahr 2018 wird in Deutsch-

land eine Kapazität von 400 MW pro Jahr technologieneutral für Windenergie an Land und große Photovoltaikanlagen ausgeschrieben. Ein erstes grenzüberschreitendes Pilotauschreiben mit Dänemark für Photovoltaik wurde vor Kurzem versucht. Dabei bekamen aber nur dänische Anbieter den Zuschlag.

Sinnvolle Trennung

Bieberbach von der IHK München und Oberbayern, die Europaabgeordnete Niebler und René Stadler vom internationalen Papier- und Verpackungsmittelhersteller Mondi, der viele Standorte in Deutschland, Österreich und Tschechien besitzt, forderten die Beibehaltung des gemeinsamen deutsch-österreichischen Strom-Großhandelsmarktes. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden – besser bekannt unter ACER – will ihn aber 2018 wegen physischer Netzengpässe an der Grenze trennen. Mit anderen Worten: Noch können Großhändler von Flensburg bis Graz an den gleichen Strombörsen zu gleichen Preisen Strom kaufen. Die gemeinsame Gebotszone Deutschland-Österreich gibt es, weil aus historischen Gründen die grenzüberschreitenden Leitungskapazitäten immer ausreichten. Einem Staatsvertrages oder ähnlichem bedurfte es nicht. Die Bundesnetzagentur hält eine Trennung für sinnvoll, das österreichische Pendant E-Control nicht. Eine Trennung würde für österreichische Stromabnehmer höhere Strompreise bedeuten.

2017 werden sich EU-Parlament und die EU-Regierung mit dem Legislativpaket auseinandersetzen. Viele Interessengruppen werden versuchen, Einfluss zu nehmen. > RAINER LÜTKEHUS

Positive Zwischenbilanz des 10 000-Häuser-Programms

Großer Erfolg

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner (CSU) zieht eine positive Zwischenbilanz zum 10 000-Häuser-Programm. „Die Energiewende ist ohne eine Wärmewende nicht machbar. Rund 40 Prozent der Energie werden im Gebäudebereich verbraucht. Die Wärme ist der ungehobene Schatz der Energiewende“, so die Ministerin. „Dass das 10 000-Häuser-Programm so hervorragend angenommen wird, ist deshalb ein großer Erfolg – für das Klima, unsere Bürger, das örtliche Handwerk und die Industrie.“ Bereits Anfang November war im Programmteil Heizungstausch die maximal mögliche Anzahl von 5000 Anträgen erreicht. Auch für den Programmteil EnergieSystemHaus können aufgrund der hohen Nachfrage 2016 keine Förderungen mehr beantragt werden. „Wir setzen die Förderung 2017 fort“, bestätigt die Energieministerin.

Seit dem Programmstart im September 2015 wurden im Programmteil EnergieSystemHaus 3000 Anträge, im Programmteil Heizungstausch 8000 Förderfälle gestellt. „Für jeden Förderfall stellen wir 1000 bis 18 000 Euro zur Verfügung“, so Aigner. „Für das

Programm sind insgesamt 90 Millionen Euro für vier Jahre eingeplant. Mit jedem Euro Förderung werden private Investitionen von bis zu zehn Euro mobilisiert. Der Tausch einer alten Ölheizung spart etwa zwei Tonnen CO₂ jährlich.“

Das 10 000-Häuser-Programm ist das umfassendste Förderprogramm eines Bundeslandes für Effizienzmaßnahmen im Gebäudesektor. „Die energetische Gebäudesanierung ist eine Investition in die Zukunft, denn sie erhält und erhöht den Immobilienwert, steigert die Wohnqualität, spart Energiekosten, schützt das Klima, unterstützt das heimische Handwerk“, erklärt die Energieministerin. Um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzielen und um die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Lebenssituationen zu erreichen, gliedert sich das 10 000-Häuser-Programm in zwei Teile: der Programmteil EnergieSystemHaus zielt auf grundlegende Sanierungen oder energieeffiziente Neubauten. Der Programmteil Heizungstausch richtet sich an diejenigen, die als ersten Schritt zunächst die alte Heizung gegen ein innovatives, effizientes System ersetzen wollen. > BSZ

Schlimme Zustände an deutschen Raststätten

Draußen 130 km/h – die Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen. Drinnen alles auf 180 – Turbo-Tempo in der Küche und beim Service. Die Rede ist von heimischen Autobahn-Raststätten. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) München berichtet jetzt von unhaltbaren Arbeitsbedingungen an Rasthöfen in der Region. Im Fokus steht die Betreiberfirma Tank & Rast. Das Unternehmen übe seit Neuem einen enormen Druck auf die Beschäftigten aus – etwa an den Standorten Vaterstetten Ost und West. „Hier müssen sich die Mitarbeiter nach jedem Lebensmittel-Kontakt über 30 Sekunden die Hände waschen, trocknen und desinfizieren, während schon die nächsten Kunden an der Kasse warten“, berichtet Gewerkschafter Mustafa Öz. Wer die Vorgaben nicht schaffe, müsse mit Abmahnungen oder sogar mit der Kündigung rechnen.

Hintergrund ist eine TV-Recherche des „Teams Wallraff“, das bundesweit Missstände bei Tank & Rast aufgedeckt hatte. Die Firma betreibt fast alle Raststätten an deutschen Autobahnen – ein Großteil davon wird von privaten Pächtern geführt. Als Reaktion auf die Berichte hatte die Firma insbesondere den Eigenbetrieben per Dienstanweisung neue Vorgaben gemacht, erklärt Öz. Danach sollen Hygiene und Qualität verbessert werden – „jedoch ausschließlich zulasten der Beschäftigten“, wie die NGG München bemängelt. „Natürlich ist es gut, wenn Tank & Rast auf mehr Qualität setzt. Es kann aber nicht sein, dass in den Betrieben jetzt ein Klima der Angst verbreitet wird“, sagt Öz. Die Beschäftigten verdienten kaum mehr als den gesetzlichen Mindestlohn und müssten nun „auch noch für Management-Fehler büßen“. > BSZ

Elektromobil-Ladung am Straßenrand gibt's jetzt zu kaufen

Ich tank an meiner Laterne

Bekanntlich steht nicht am Ende jedes Forschungsprojekts ein marktreifes Produkt. Doch hier hat es geklappt: Seit Kurzem bietet die Leipziger Leuchten GmbH (LL) Produkte serienmäßig an: eine „im Mast“ integrierte Ladestation und eine „am Mast“,

auch zum Nachrüsten. „Laternenparken und Ladeinfrastruktur“: So hieß das „Schaufenster-Projekt“, mit dem sich Bayern und Sachsen elektromobilistisch verbinden wollten. Mit Hilfe von Bundesförderung suchten die Leipziger Stadtwerke und einige

Forschungspartner nach Lösungen, das Laden von E-Mobilen mit bestehender Infrastruktur zu koppeln.

In der Mozartstraße in Leipzig sind die vier Prototypen aufgestellt – das war Inhalt des Projekts. Inzwischen sind bereits ein paar Dutzend geordert, heißt es aus dem Konsortium von LL und der ebenfalls in Leipzig ansässigen Taubert Consulting GmbH. Deren Chef Dietmar Taubert hat die Gelegenheit genutzt und zwei Projektmitarbeiter zum Halbjahreswechsel von der örtlichen Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur übernommen: Dort wurde die Software fürs Laternenladen entwickelt, „das Herzstück“, wie Viktor Wolff meint, einer der beiden Ex-HTWK-Leute.

Nun hat Taubert diese Softwarekompetenz. Denn die wurde weder patentiert noch als Lizenzpaket geschnürt: „Sie sitzt vor allem in unseren Köpfen“, meint Wolff. Mit dieser Software lassen sich kleine, einphasige 16-Ampere-Ladestationen mit 3,7 Kilowatt genauso steuern wie die größten, ans dreiphasige Kabel mit 63 A / 22 kW angeschlossenen. Ersteres ist eher die Nachrüstkfunktion, wenn die Laterne mit dünnen Kabeln versorgt ist: Die 22 kW sind möglich, wenn ein Straßenzug neu gebaut und dabei dicke Kabel eingelegt werden.

Der Clou der Entwicklung „Laternenladen“ ist laut Viktor Wolff das kleine Display: Dort kann der E-Mobilist nach dem Anstecken und Verriegeln des heute gebräuchlichen Typ2-Steckers das für ihn passende Bezahlssystem wählen: RFID-Karte, Handy-App, Stromticket, Interchange... Und schon fließt der Lampenstrom auch in die E-Auto-Batterie.

> HEINZ WRANESCHITZ



An dieser Laterne kann man Strom tanken.

FOTO WRANESCHITZ

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern KdÖR bei.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!